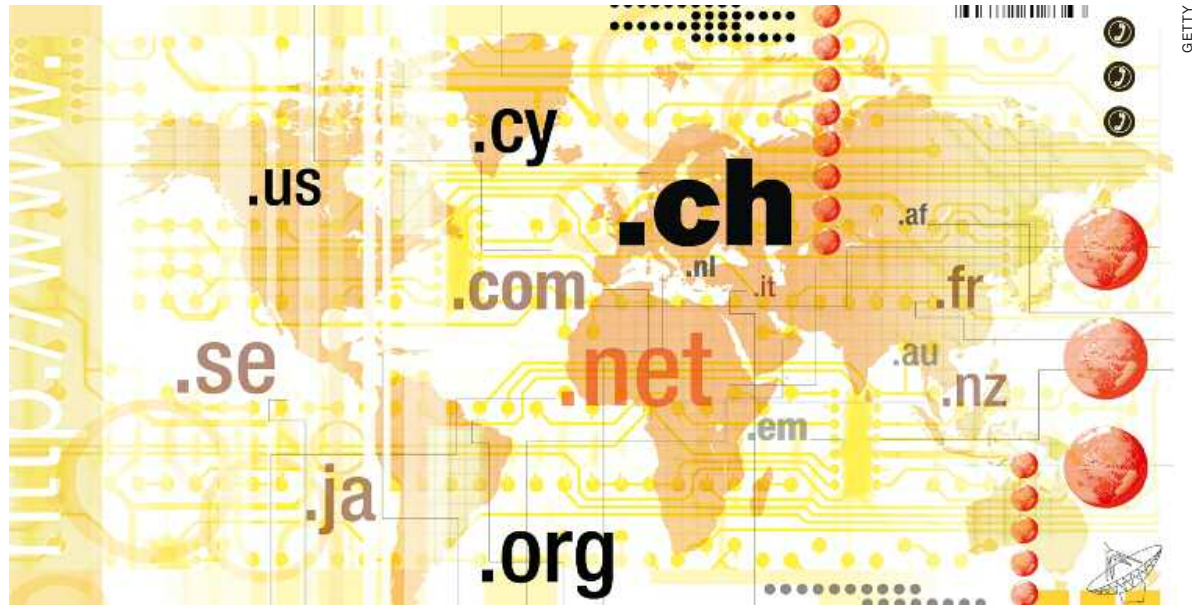


Switch: Grosser Gewinn wegen zu hoher Gebühren

Die Kosten für eine Internetadresse mit der Endung «.ch» sind zu hoch. Deshalb hat die Monopolistin Switch zu viel Gewinn angehäuft. Jetzt streitet sich das Unternehmen mit dem Bundesamt für Kommunikation um die Verwendung der Überschüsse.



Endung «.ch»: Switch tut sich schwer mit Preissenkungen

Die Stiftung Switch vergibt alle Internetadressen mit der Endung «.ch». Dieses Befugnis basiert auf einem Vertrag aus dem Jahre 2007 mit dem Bundesamt für Kommunikation (Bakom). Darin wurde vereinbart, dass Switch die Gewinne herausgeben muss – aber erst bei Vertragsende.

Die Verwaltung von Internetadressen ist ein lukratives Geschäft. Bis vor drei Jahren betrug der Einnahmehüberschuss des Monopolisten Switch gemäss Geschäftsbericht über 15 Millionen Franken. Auf Druck des Preisüberwachers und des Bakom musste Switch bereits mehrmals die Preise von ursprünglich 48 Franken über 35 Franken auf inzwischen 17 Franken pro Jahr senken. Diesen Preisen zahlen Private und Unter-

nehmen für die Bewilligung zum Gebrauch des Kürzels .ch in ihrer Internetadresse.

Doch die überhöhten Einnahmen von Switch waren dem Bakom immer noch ein Dorn im Auge. Denn Switch muss nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten. Das heisst: Der Aufwand darf die Erträge nicht oder lediglich geringfügig überschreiten.

Unrealistisch: Abbau des Gewinnüberschusses bis 2015

Ende 2015 endet der Vertrag von Switch mit dem Bakom. Bis dann müsste das Unternehmen den Gewinnüberschuss vollständig abgebaut haben. Inzwischen sank der Überschuss zwar auf 10 Millionen Franken, doch das Bakom bezweifelt, dass Switch den gros-

sen Rest in der kurzen Zeit abbauen kann. «Dies erscheint aus unserer Sicht nicht mehr realistisch», sagt Bakom-Sprecherin Deborah Murith.

Hohe Preise in der Verordnung zum Gesetz verankert

Das Bakom verfügte deshalb, dass Switch 2 Millionen Franken aus dem angehäuften Gewinn an das Bakom abzugeben habe. Dagegen wehrte sich Switch beim Bundesverwaltungsgericht – und bekam vorläufig recht. Das Gericht befand: Eine Abschöpfung des Gewinns durch die Bundesverwaltung ist erst dann rechtmässig, wenn ein Abbau der kassierten Überschüsse nicht mehr möglich ist. Deshalb müsse Switch jetzt zuerst die Preise reduzieren.

Diese Preissenkung ist wohl allerdings limitiert. Denn eine Klausel in der Verordnung über die «Adressierungselemente im Fernmeldbereich» besagt tatsächlich, dass die Preise im internationalen Vergleich nicht zu tief sein dürfen, um «die Führung und den guten Ruf der Domain.ch zu schützen». Der Grund dafür laut Bakom: Versender von Spam-Mails suchen für ihre Aktionen möglichst billige Domainnamen aus. Die Bestimmung soll angeblich den Missbrauch von Schweizer Internetadressen verhindern.

Bis heute war dies noch nie ein Problem. Hingegen verhindert die schwammige Formulierung wohl auch künftig deutlich günstigere Gebühren. Pech für die Kunden, Glück für Switch und die Bundesverwaltung.

Marc Mair-Noack

Swisscom: Nur Irland verlangt fürs Festnetz noch mehr

Der Festnetzanschluss der Swisscom ist auch im internationalen Vergleich sehr teuer. Dies zeigt eine neue Studie der EU.

Für den analogen Festnetz-Telefonanschluss verlangt die Swisscom weiterhin Fr. 25.35 pro Monat – ohne eine einzige Gesprächsminute einzuschliessen. Dieser Preis ist massiv zu hoch. Die meisten Leitungen und Installationen wurden vor Jahrzehnten erstellt und

sind längst abgeschrieben (saldo 4/11).

Eine EU-Studie mit Zahlen von 2010 zeigt: Die Swisscom ist auch im internatio-

nalen Vergleich sehr teuer. Die etablierten Betreiber in den 27 EU-Staaten verlangen im Schnitt umgerechnet gut 18 Franken pro Monat für den privaten Festnetzanschluss (inklusive Mehrwertsteuer), die Swisscom rund 37 Prozent mehr. Nur Irland ist mit umgerechnet Fr. 30.50 noch teurer als die Schweiz. Von den Nachbarländern der

Schweiz verlangt Deutschland am meisten: Mit Fr. 21.60 ist die deutsche Telekom aber trotz viel höherer Mehrwertsteuer immer noch fast 4 Franken günstiger als die Swisscom. Auch in den USA und Japan fordern die etablierten Telekombetreiber mit Fr. 14.70 respektive Fr. 19.70 weniger als die Swisscom.

Die Swisscom sagt, die Minutenpreise seien ebenso relevant wie die Anschlusskosten. Nur: Bei der Swisscom bezahlen auch jene den monatlichen Mindestbetrag, die wenig oder nie von zu Hause aus telefonieren und den Anschluss nur haben, weil er für ein Internetabo der Swisscom obligatorisch ist. *Thomas Lattmann*



Post: Hochpreise im Monopolbereich

In ihrem Geschäftsbericht 2011 rühmt sich die Post dafür, dass ihre Preise für die Brief- und Paketpost im internationalen Vergleich «sehr günstig sind». Das sieht die Postaufsicht anders.

Die Postregulationsbehörde Post-Reg hat die Preisentwicklung bei Briefen und Paketpost in der Schweiz mit anderen europäischen Ländern verglichen. Das Resultat steht in ihrem Jahresbericht 2011: Im Vergleich mit 14 europäischen Ländern liegt die schweizerische Post bei Briefsendungen bis zu 1 Kilogramm preislich genau im Mittelfeld. Sieben Länder sind teurer, sieben günstiger. Am günstigsten ist Deutschland, gefolgt von Holland, Finnland, Irland, Portugal, Spanien und Grossbritannien.

Bei Briefen bis zu 50 Gramm hat die Post in der Schweiz ein Monopol. Und hier hält sie auch die Preise hoch. Tiefer in die Tasche greifen als die Schweizer

Kunden müssen laut Postregulationsbehörde nur die Norweger, Italiener, Dänen und Schweden. In den restlichen zehn verglichenen Ländern gelangen die

Sendungen günstiger zum Adressaten.

Rund 42 Prozent der inländischen Briefe wiegen maximal 20 Gramm. Daher ist der Preis laut Post-Reg für Briefe bis zu dieser Gewichtsgrösse «besonders aussagekräftig». Ausgerechnet bei Briefen bis zu 20 Gramm bittet die Post ihre Kunden besonders kräftig zur Kasse. A- und B-Post-Briefe zusammengenommen, verlangt sie mit über 90 Rappen im Vergleich die drittteuersten Preise. Einzig Norwegen und Dänemark kassieren mehr.



Briefpost: Kunden werden zur Kasse gebeten

Sabine Rindlisbacher